

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS

Herausgegeben von Bundesminister Dr. Robert TILLMANNNS · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN · Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

4. Jahrgang, Nummer 1

- Postversandort Bonn -

Bonn, im Januar 1956

I N H A L T

TAGE DES DANKENS von Adolf Cillien	S. 1
UNSERE AUFGABE von Gerhard Schröder	S. 2
DIE WURZEL DER UNION von Robert Tillmanns†	S. 3
WO EIN MENSCH GLAUBT von Hermann Kunst	S. 6
TOLERANZ ODER BEGEGNUNG? von Fritz v. Haniel-Niethammer.....	S. 8
WARUM EVANGELISCHE ARBEITSKREISE?	S. 10
BÜCHER, DIE WIR EMPFEHLEN	S. 12
POLITISCHER QUERSCHNITT	S. 15

TAGE DES DANKENS

Zum achtzigsten Geburtstag Konrad Adenauers

Am 5. Januar ist dem Bundeskanzler Konrad Adenauer viel Dank und Anerkennung ausgesprochen worden. Die Sprecher und Schreiber kamen aus allen Schichten unseres Volkes und wußten sich mit ihm durch ein gemeinsames Schicksal verbunden.

Es ist von großer Bedeutung, daß es Tage des Dankens gibt. Ohne Dank vermag keine menschliche Gemeinschaft zu bestehen. Durch Dank und Gedenken aber wird sie gefördert und gefestigt.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat am Ehrentag des Kanzlers dazu ein besonderes Anliegen: Er hat dafür zu danken, daß der Erste Vorsitzende der

Christlich-Demokratischen Union stets ein volles Verständnis für unsere Arbeit gezeigt und sie persönlich gefördert hat.

Als wir im März 1952 unter Leitung unserer unvergeßlichen Freunde Hermann Ehlers und Robert Tillmanns zur ersten Arbeitstagung in Siegen zusammenkamen, sprach der Bundeskanzler in der großen Schlußkundgebung. Mancher hatte gehofft und gewünscht, daß diese Tagung zu einer Spaltung in der Christlich-Demokratischen Union führen würde; denn nur auf diese Weise wäre eine Schwächung oder gar Niederlage der so schnell gewachsenen Union möglich gewesen. Das Erscheinen des Bundeskanzlers und seine Worte haben nicht nur solche Hoffnungen zerstört, sondern darüber hinaus deutlich gemacht, daß sich hier der Beginn einer neuen Kräftekonzentration vollzog:

"Die Evangelischen und Katholiken in der Union sind im Ziele ihrer politischen Arbeit völlig eins. Aber die Evangelischen brauchen für manche Lösungen andere Begründungen als die Katholiken. Darum sind solche besonderen Tagungen notwendig. Sie bringen keine Separation, sondern sie sind eine fruchtbare Aktion im Rahmen der Gesamt-CDU."

Die nächsten und alle weiteren Wahlen haben die Richtigkeit dieser Feststellung bewiesen. Der Bundeskanzler ist für uns das Vorbild in der politischen Zusammenarbeit der Christen aus den beiden großen Konfessionen. Dafür danken wir ihm an seinem achtzigsten Geburtstag in der gemeinsamen Verpflichtung für das gesamte deutsche Volk und Vaterland.

Adolf Cillien

UNSERE AUFGABE

von Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister des Innern

Mit dem Jahr 1955 ist für die Bundesrepublik ein ganz bestimmter Abschnitt der Nachkriegsentwicklung zu Ende gegangen: Die wirtschaftlichen Schäden sind im wesentlichen geheilt, Produktion und Produktivität, Sozialprodukt und Lebensstandard haben den Anschluß an die vergleichbaren internationalen Größenordnungen gefunden. Die sozialen Leistungen sind entsprechend gestiegen. Ihre Reform ist auf weiten Gebieten notwendig geworden und eingeleitet. Die Wehrverfassung, soviel Einzelarbeit sie auch noch erfordern wird, ist in den Grundzügen entschieden. Die Bundesrepublik hat ihre Souveränität wiedererlangt. Mit der freien Welt ist sie in einer vertraglich gesicherten Partnerschaft verbunden.

Was würde es uns bedeuten, wenn wir diese Feststellungen für ganz Deutschland treffen könnten - von Saarbrücken bis Königsberg, von Flensburg bis Breslau und Gleiwitz! So gelten sie, einschließlich West-Berlins, für 52 von 70 Millionen Deutschen.

Damit zeichnet sich klar die Aufgabe ab, die uns gestellt ist: das ganze Deutschland wiederherzustellen und seinen Bestand nach innen und außen zu kräftigen und zu sichern. Wie kann und muß das geschehen? Robert Tillmanns hat in diesen Blättern oft darüber geschrieben, zuletzt im vergangenen Oktober: durch "Zähigkeit, Geduld und feste Geschlossenheit". Das setzt eine Kombination von außen- und innenpolitischen Mitteln voraus, andererseits aber auch einen kategorischen Imperativ für jeden einzelnen Deutschen: niemals die Trennung anzuerkennen, niemals die anderen zu vergessen, immer alles zu tun, was das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt, stets zur Hilfe für die Verfolgten und Vertriebenen bereit zu sein!

Werden wir dieser Aufgabe der Wiederherstellung, der Kräftigung und der Sicherung unseres Vaterlandes gewachsen sein? Die Jahreswende 1955/56 war stärker als die vergangenen Jahre gekennzeichnet durch das Bedürfnis nach ruhiger Besinnung.

Vielleicht tritt darin bereits jene unbedingte Notwendigkeit zutage, das Bewußtsein von den geistig-seelischen Werten in unserem Volk zu intensivieren und zu vertiefen. Denn die geistige Auseinandersetzung mit der revolutionären Kraft des dialektischen Materialismus, der einem Teil Deutschlands als "Staatsreligion" aufgezwungen worden ist, kommt unausweichlich auf uns zu. Wären wir für diese Auseinandersetzung gerüstet, wenn wir allein auf die Kraft einer überlegenen Wirtschafts- und Sozialordnung vertrauen wollten? Könnten wir sie bestehen, wenn wir unser Heil nur auf die westliche Übermacht an nuklearen Waffen setzen würden?

Wir brauchen mehr: einen lebendigen christlichen Glauben, der uns zum Handeln treibt. Auf solchem Fundament werden wir unsere Aufgabe zu erfüllen vermögen.

DIE WURZEL DER UNION

Schlußansprache von Bundesminister Dr. Robert Tillmanns†
auf der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU in Niedersachsen am 30.10.1955 in Göttingen

(siehe auch den Bericht in unserer Ausgabe Nr.11/12, 1955 - Die Red.)

Ein Schlußwort am Ende dieser beiden Tage kann wohl nur ein Wort dankbarer Freude sein über das, was wir hier miteinander besprechen durften. Ich glaube, wir alle haben das Gefühl, daß die Referate und Gespräche dieser Tagung sich in einem großen Bogen zusammenfügen: Gestern trat in dem Bewußtwerden der Aufgabengegenüber der Sowjetzone unseres Vaterlandes die ernste Mahnung vor uns, daß wir von uns aus vor diesen Aufgaben bestehen müssen, und heute durften wir den mutvollen Zuspruch erfahren, daß es uns, wenn wir in dieser Gemeinsamkeit und in diesem Geiste, wie sie hier in Erscheinung getreten sind, weiterarbeiten, auch gelingen wird, die große Aufgabe der sozialen Neuordnung zu bewältigen. Ich meine, damit ist vielleicht auch dem jungen Freund, der gestern zum Schluß von der Sowjetzone her zu uns sagte: "Wir leiden darunter, daß unter euch so viel Unsicherheit, Verwirrung und Mutlosigkeit ist" eine Antwort gegeben. Es ist immer wieder deutlich geworden, daß wir die uns gestellten Aufgaben nicht nur im Blick auf uns in Angriff nehmen dürfen, sondern stets das Ganze vor Augen haben müssen.

Im Laufe dieser beiden Tage ist wiederholt die Frage unter uns laut geworden, warum denn diese Themen und Probleme im Evangelischen Arbeitskreis der CDU behandelt würden. Denn hier ist doch eigentlich nichts gesagt worden, was nicht ebensogut in einer Kundgebung der gesamten Christlich-Demokratischen Union hätte ausgesprochen werden können. Wenn es aber so ist, so scheint mir das eine sehr karftvolle und mutmachende Bestätigung unserer großen politischen Gemeinschaft der Union zu sein. Es ist ja nicht die Aufgabe unserer Evangelischen Arbeitskreise, sozusagen nach Unterschieden zu suchen, die uns von unseren katholischen Freunden trennen, sondern es ist unsere Aufgabe, uns - wie es Hermann Ehlers gesagt hat - zu besinnen auf den Glauben als den Motor unseres politischen Handelns und aus dem uns gegebenen Verständnis der christlichen Botschaft unsere Antwort auf die politischen Fragen zu finden. Und wenn sich dabei eben stets von neuem diese große Gemeinsamkeit mit unseren Freunden der anderen christlichen Konfession herausstellt, dann muß ich sagen: um so besser! Wo aber - und das ist sicherlich auch der Fall - Unterschiede in Erscheinung treten, da sollten wir unsere Aufgabe darin sehen, im Gespräch miteinander eine Klärung zu versuchen und einen gemeinsamen Weg zu finden. Auch der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU dient letztlich der großen Aufgabe einer Festigung unserer

Gemeinschaft in der Union, nicht um dieser Partei, sondern um unseres deutschen Volkes willen. Diese Gemeinschaft hat sich 1945 in dem Erschrecken über den Abgrund, in dem damals unser Volk nicht nur äußerlich stand - ich möchte sagen: beinahe spontan und ohne viel darüber zu sprechen -, aus dem Bewußtsein zusammengefunden, daß wir das politische Leben, den Neuaufbau unseres Staates nach einem furchtbaren Irrweg auf völlig neue Grundlagen stellen, daß wir die Brunnen unseres politischen Handelns tiefer graben müßten, als es die politischen Theorien des 19. Jahrhunderts vermocht haben, die ja doch - mögen noch so gute Erkenntnisse in ihnen enthalten sein - letzten Endes den Aufgaben, die uns in der Mitte des 20. Jahrhunderts gestellt sind, nicht mehr entsprechen können.

Das war - ich sage es noch einmal - damals mehr oder weniger ein spontaner gemeinsamer Entschluß. Und es ging uns nicht nur darum, in einem engen Sinne Christen beider Konfessionen politisch zusammenzufassen, sondern wir waren uns darüber klar, daß auch unter den Menschen unseres Volkes, die sich von ihren Kirchen entfernt hatten, viel neues Suchen vorhanden war, viel neue Bereitschaft, wieder einen festen Weg für sich in Gemeinschaft mit uns zu finden. So hat die Christlich-Demokratische Union von vornherein für alle Menschen in unserem Volk die Tore weit aufgemacht. Das Echo ist groß gewesen. Es wurde in dem letzten Referat dieser Tagung darauf hingewiesen, welche eindrucksvollen Erfolge unter der verantwortlichen Führung der CDU auch im Neuaufbau unserer Wirtschaft und unserer sozialen Ordnung erzielt worden sind. Aber die innere Selbstverständlichkeit unserer gemeinsamen politischen Aufgabe in der Union ist damit nicht gewachsen, sondern mancherlei Anfechtungen ausgesetzt. Aus dem Bekenntnis des Jahres 1945, das etwa so lautet: Weil wir als Christen eine gemeinsame Verantwortung haben, arbeiten wir politisch zusammen - droht vielfach ein anderer Satz zu werden: O b w o h l wir um konfessionelle Unterschiede wissen, sind wir bereit, zusammenzuarbeiten.

In diesem kurzen Schlußwort kann ich den Gründen dafür im einzelnen nicht nachgehen. Einer von ihnen wurde in dem Referat von Minister Rudolph angeschnitten: Unser ganzes geistiges Leben steht gerade mit zunehmender Beruhigung unserer sozialen Verhältnisse und vielleicht sogar zunehmendem Wohlstand in der Gefahr eines Wiederdurchbrechens alter Vorstellungen. Der Schock von 1945 ist überwunden. Es erscheint gar nicht mehr so notwendig, in einer kraftvollen Gemeinschaft zusammenzustehen - also kann man sich wieder mit dem beschäftigen, was uns unterscheidet. Das ist es doch vielfach, was heute unser geistiges Leben kennzeichnet. Ich möchte fast sagen, es ist wie bei einem nicht ganz sorgfältig gefärbtem Stoff: wenn der Regen tüchtig darauffällt, kommen die alten Farben hier und da wieder zum Vorschein.

Dazu ein zweites: Die Gemeinschaft der Christlich-Demokratischen Union ist die weitaus größte Partei in Deutschland geworden. Das hat selbstverständlich die Unzufriedenheit der anderen geweckt. Und da nun einmal jede Partei den Wunsch hat, selbst groß zu werden, ist es ganz klar, daß die anderen Parteien sich darum bemühen, diese Christlich-Demokratische Union zu schwächen. Ich stelle das als reine Tatsache fest, ohne daran irgendeine Wertung zu knüpfen. Wie können die anderen Parteien aber die CDU schwächen und selbst wachsen? Darauf gibt es eine ganz eindeutige Antwort: Indem sie versuchen, die Evangelischen von der CDU abzuspalten. Daher ist unser politisches Leben seit Jahren in zunehmendem Maße von dem Bemühen gekennzeichnet, von a u ß e n her konfessionelle Gegensätze in die Union zu "infiltrieren".

Wir müssen uns dieser Situation stellen! Es hat keinen Zweck darüber nur seinen Unmut zu äußern. Die Aufgabe, die uns daraus erwächst, kann überhaupt gar nicht anders lauten als so: Das, was 1945 spontan geschah, ist nun in offenem, freundschaftlichem Gespräch echt und endgültig zu fundieren, allerdings nicht durch eine Verwischung unserer Glaubensinhalte, sondern durch die Besinnung auf unsere gemeinsame Wurzel. Aber - und das ist das andere, ist die besondere Aufgabe für uns, die Evangelischen Arbeitskreise - diese geistig-politisch

endgültige Fundierung unserer Gemeinschaft muß auch im Gespräch mit unseren evangelischen Gemeinden und mit unserer gesamten Bevölkerung vollzogen werden. Das bedeutet für die evangelischen Glieder der Christlich-Demokratischen Union eine große Verantwortung.

Unsere katholischen Freunde haben vor uns eines voraus: die jahrzehntelange Tradition und Erfahrung gemeinsamer politischer Arbeit. Für sie ist vieles, was wir uns erst klarmachen müssen, selbstverständlich geworden. Vor allen Dingen, sie kennen sich, und sie sind durch lange Freundschaften auch im Politischen verbunden. Wir Evangelischen haben hier eine Art "Nachholbedarf": Wir müssen durch solche gemeinsame Arbeit, wie wir sie in diesen beiden Tagen geleistet haben, auch bei uns zu einem festeren Gefüge kommen - also nicht dadurch, daß wir versuchen, von den früheren Parteien her, denen dieser oder jener unter uns angehört haben mag, eine Art gemeinsamen Nenner zu finden, sondern dadurch, daß wir uns auf dem Boden unserer Verantwortung als evangelische Christen zusammenfinden und von hieraus unsere Gemeinschaft aufbauen. Ich glaube, daß die beiden Tage, die wir in Göttingen miteinander verlebt haben, dazu ein guter Beitrag gewesen sind. Und wenn wir das allüberall in unserer Christlich-Demokratischen Union schaffen, dann können wir dazu kommen, daß wir sozusagen in der "inneren Stärke" ebenbürtige Partner bei der Zusammenarbeit mit unseren katholischen Freunden sind und daß damit wirkliche Union wird, d.h. eine aus der Klarheit übereinstimmenden Willens gebildete Gemeinschaft. Diese Christlich-Demokratische Union stellt - das ist meine tiefe Überzeugung - das große Positivum dar, das uns nach 1945 für das politische Leben unseres Volkes geschenkt worden ist. Wenn wir an die Gespräche dieser Tagung und damit an die große Aufgabe denken, die nicht nur vor uns, sondern vor der ganzen westlichen Welt steht: die Auseinandersetzung mit der materialistisch-atheistischen Weltanschauung des Kommunismus - dann vermag keiner von uns auf den Gedanken zu kommen, daß die politische Gemeinschaft evangelischer und katholischer Christen in der Union ihre Aufgabe bereits erfüllt habe, dann ist uns vielmehr klar, daß die entscheidende Aufgabe noch vor uns steht.

Würde aber - und das sage ich den Männern der evangelischen Kirche - die Christlich-Demokratische Union auseinanderfallen, so würde dies auch noch auf einem anderen Gebiete schwerwiegende Folgen haben: Ihre evangelischen Wähler und Mitarbeiter würden sich höchstwahrscheinlich in die verschiedensten anderen Parteien zerstreuen, und das Ergebnis würde eine vollständige Einflußlosigkeit des wirklich evangelischen Elements in der deutschen Politik sein. Nur im Zusammenhalten dieser Gemeinschaft ist das weiter zu verwirklichen, worum sich ja gerade auch die evangelische Kirche in den letzten Jahren immer stärker bemüht: die Wahrnehmung unserer Verantwortlichkeit gegenüber den öffentlichen Dingen. Wenn man schon kritisiert, daß in dieser oder jener Weise bei der Lösung personalpolitischer Fragen Mängel aufgetreten seien - und das wird immer wieder einmal passieren -, vor allem wenn solche Kritik von seiten der evangelischen Kirche geübt wird, dann sollte man nicht vergessen, auch das Positive zu sagen. Warum ist beispielsweise in Niedersachsen noch nicht ein einziges Mal darauf hingewiesen worden, daß sich in der neuen niedersächsischen Regierung doch immerhin drei Mitglieder der evangelischen Landessynode befinden? Warum wird bei der Erörterung solcher Fragen darüber hinweggegangen, daß sich unter den fünf Länder-Kultusministern, die der CDU angehören, vier evangelische und nur ein katholischer befinden? Davon redet man nicht! Ich meine, so sollten wir nicht mehr miteinander verfahren. Wir sollten vielmehr versuchen, auch in diesen Dingen billig miteinander umzugehen. Um so erfreuter bin ich darüber, daß ich gestern in der "Welt" ein Wort von Landesbischof Lilje zum Reformationstag lesen konnte, in dem es heißt:

"Wenn man das Gedenken an die Reformation auf eine falsche Weise begehen will, kann man zwischen zwei Fehlern wählen. Man kann die Reformation historisieren, oder man kann sie zum Schibboleth konfessioneller Selbstbehauptung machen..."

In diesem Jahre erscheint die zweite Mißdeutung aus allerlei Gründen als die nähere und akutere Gefahr. Es muß mit der Gesamtverschlechterung des geistigen Klimas in Deutschland zusammenhängen, daß auch das Verhältnis der beiden großen christlichen Konfessionen zueinander im Augenblick nicht gut zu sein scheint. Das ist auffallend und betrüblich, weil es 1945 anders war. Nun mögen die Gründe dafür verschieden sein - es ist auf jeden Fall sehr ungut, wenn es bei der Gefahr der gegenseitigen konfessionellen Selbstbehauptung bleibt..."

Für den Bereich des Politischen ist das mehr als ungut! Denn wir haben im Dienst an unserem Volk schlechthin die Aufgabe, uns zu gemeinsamem Handeln zusammenzufinden und diese Gemeinsamkeit immer weiter zu stärken und zu festigen. Es ist meine feste Zuversicht, daß wir in den Evangelischen Arbeitskreisen der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union diesen Weg unbeirrt weitergehen werden!

WO EIN MENSCH GLAUBT...

von Prälat D. Hermann Kunst

Was uns in dieser Ansprache des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am Sitz der Bundesregierung anlässlich einer Feier zum Gedächtnis an Bundesminister Dr. Robert Tillmanns am 30. November 1955 in der Friedenskirche zu Bonn gesagt wird, sollte uns gerade in diesen Tagen, da wir den Weg in ein neues Jahr beschritten haben, ein Zuspruch sein, das Werk des Heimgegangenen in gläubiger Zuversicht fortzusetzen.

"Das Reich Gottes steht nicht in Worten, sondern in Kraft." (1.Kor.4,20)

Viele von uns haben noch eine unmittelbare Erinnerung an den lähmenden Schrecken vor einem Jahr, als wir von heute auf morgen an die Bahre von Hermann Ehlers gestellt wurden. Es war uns am Abend des 12. November, als sei er uns in Robert Tillmanns ein zweites Mal gestorben.

Nur wenige von uns konnten Robert Tillmanns in Berlin das letzte Geleit geben. Wir würden aber etwas versäumen, wenn wir in dieser vor allem aus Gliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung zusammengesetzten Gemeinde nicht noch einmal stille würden vor Gottes Angesicht und uns sammelten zu Gebet und Dank. Denn so sicher der Deutsche Bundestag bei aller Schärfe der Unterscheidung im Urteil über politische Fragen sich eins weiß in der Verantwortung für unser Volk, so gewiß darf in einer Stunde wie dieser in Erscheinung treten, daß es quer durch alle Parteien Gemeinde Jesu Christi gibt, die der gemeinsamen Beugung, des gemeinsamen Dankes und des gemeinsamen Gebetes fähig ist. Wann ließen wir uns das lieber sagen als in einer Trauerfeier für Robert Tillmanns! Was immer die Bundesregierung, der Bundestag und die mannigfachen Gremien, in denen er mitarbeitete, über ihn sagen mögen - keiner wird dem Entschlafenen gerecht, der übersieht, daß er mit Ernst ein Christ sein wollte.

Als ich prüfte, unter welchem Wort der Heiligen Schrift wir heute an Robert Tillmanns denken sollten, fand ich kein besseres als dieses große apostolische Zeugnis: "Das Reich Gottes steht nicht in Worten, sondern in Kraft." Der Apostel sagt es einer Gemeinde, in der Männer mit hinreißender Redegabe aufgestanden sind. Aber sie haben Zwiespalt in die Gemeinde getragen. Der Ehrgeiz läßt sie nach führenden Stellungen trachten. Sie suchen die Autorität des abwesenden Apostels zu untergraben mit glänzenden Nichtigkeiten, mit aufgebla-

senem Geschwätz. Ihnen tritt der Apostel entgegen und sagt: Daß Gott einen Menschen regiert, erkennt man nicht an seinen Worten, mögen sie noch so klug und durchgeistigt, geschliffen und eindringlich formuliert sein. Wo der Herr regiert, ist der Ausweis Seiner Gegenwart, ist also Kraft. Da geschehen göttliche Werke.

Eben darin hat Robert Tillmanns die Bewährung seines Christenstandes gesucht. So sicher ihn in den letzten Jahren das Vertrauen, das in hohen Berufungen seinen Ausdruck fand, freute - wie sollte ein Mann nicht gern seine Substanz und seine Gestaltungskraft erproben wollen! -, so unzweifelhaft war er frei von jener Art, die in einem Amt die Macht und in ihr eine Erhöhung des eigenen Lebensgefühls sucht. Weniges war ihm so bis auf den Grund zuwider als das leere, eitle Wesen, in dem kein Salz und keine Kraft stecken. Mit seiner immer wieder beschämenden Bescheidenheit verbanden sich Sorgfalt und Nüchternheit. Es klagen um ihn nicht nur in Bonn und Berlin und hier und da in der Bundesrepublik die Freunde - der Verlust ist vielleicht am herbsten von unseren Brüdern und Schwestern in der Zone geschmeckt worden. Man wußte dort, daß er die innere Leidenschaft um die Wiedervereinigung unseres Volkes verband mit der nüchternen Einschätzung der Widerstände. Deshalb besaß sein Wort in dieser Sache unter uns so hohes Gewicht. Deshalb war er eine Brücke des Vertrauens für West und Ost.

Sein Lebensweg war anders als der von Hermann Ehlers. Hermann Ehlers war in der Welt der Bibelkreise großgeworden. Immer wieder hatte er selbst den unmittelbaren Zuspruch aus dem göttlichen Wort geübt. Robert Tillmanns war darin eine scheue Natur. Nur selten sprach er aus, was die Mitte seines Lebens und die Wurzel seines Dienstes ausmachte. Deshalb ist es uns wie ein teures Vermächtnis, was wir mit ihm zwei Tage vor seinem Tode in einem Kreise Bochumer Pastoren, die das Parlament besucht hatten, erlebten. Eineinhalb Stunden hielt er die Fragen nach der Wiedervereinigung unseres Volkes aus und entfaltete eingehend und realistisch die Gründe seiner Überzeugung und bisherigen Entscheidungen. Er schloß das Gespräch damit ab, daß er sagte: "Die Frage der Wiedervereinigung ist nicht zuletzt eine Frage der Gnade Gottes. Sie muß vom Volk erbetet werden!"

Wenn wir uns einen Augenblick an jenes Regiment erinnern, aus dessen Werk die Not unseres Volkes vorzüglich erwuchs - sollten wir nicht dankbar sein, daß Gott in dem unermeßlichen Sterben draußen und in der Heimat einige Männer und Frauen übrig ließ, die aus solcher Verfassung ihres inwendigen Menschen die Ärzte in dem großen Krankenhaus unseres Volkes sind. Es ist in den letzten zehn Jahren viel Fragen nach der Christenheit unter uns gewesen. Ganz sicher schuldet die Kirche der Welt nichts so sehr als die Mitteilung göttlicher Gaben in dem lösenden Wort und in dem gegenwärtigen Herrn im Heiligen Sakrament. Aber selbst das göttliche Wort verliert in unserem Geschlecht oft seine Haken und seine zurechtbringende und heilende Macht, wenn es gesprochen wird, ohne daß es dem Leben dessen, der es ausspricht, die Gestalt gibt. So gewiß die Reihenfolge von Glaube und Liebe nicht auswechselbar ist, so gewiß steht das Reich Gottes nicht in Worten, sondern in Kraft. Das gibt unserem Dank in dieser Stunde den weiten Horizont und die österliche Freude, daß wir an dem Leben eines Bruders hier und da haben etwas davon merken dürfen, was Geruch und Geschmack der Welt Gottes ist.

Aber gerade das verwehrt uns nun auch, allein Rückschau zu halten. Das Reich Gottes spannt seinen Bogen über uns vom Herzen Gottes bis hin zu den Gräbern. Spricht Christus vom Reich Gottes, meint er nicht ein umgrenztes Reich, sondern eine Herrschaft. Wo ein Mensch glaubt und dem Willen Gottes gehorsam wird, da ist Gott gegenwärtig, da ist Sein Reich. Gottes Geist will regieren in Seiner Gemeinde, und Sein Geist ist die Quelle unserer Kraft. Wir haben viel Anlaß, uns gerade in dieser Gemeinde in diesen Wochen daran erinnern zu lassen: Wir begruben Robert Tillmanns einen Tag nach dem erfolglosen Auseinandergehen der Genfer Konferenz. Wie sollte es anders sein, als daß unsere

Brüder und Schwestern in der Zone durch dieses Zusammentreffen ihre wölfische Einsamkeit mit besonderer Heftigkeit empfanden! Wer wollte nicht verstehen, daß ihnen all unser Bemühen um die Wiedervereinigung vorkommt wie ein verzweifeltes Strampeln im Moor!

Eines wird der Prediger des Evangeliums in solcher Situation sicher nicht wagen dürfen: seine eigenen Überlegungen anzubieten. Aber wenn ihr morgen und in Zukunft über den Weg unseres Volkes Rechenschaft gebt, prüft, voreinander aushaltet, wenn ihr wahrscheinlich alle je und je innerlich angelaufen werdet von der Ratlosigkeit und der Frage, ob denn am Ende alles Mühen in dieser Sache noch etwas anderes sei als ein aussichtsloses Haschen nach Wind - wahr und wahrhaftig, ihr dürft in eurem Glauben darauf beharren, daß Gott Seine Souveränität auch heute noch darin offenbar macht, daß Er "die Herzen der Könige lenkt wie Wasserbäche". Wenige Worte sind so ambitiös und in der Wurzel gottlos wie dies, daß Männer die Geschichte machten. Der Grund unserer Demut und unseres Mutes liegt darin, daß wir im Blick auf den Weg unseres zerrissenen Volkes glauben, daß Gottes Barmherzigkeit über uns noch kein Ende hat.

Ihr seid nicht die ersten in der Geschichte, die in ihrer politischen Verantwortung der Verachtung des Menschen und den Spiegelfechtereien der großen Betrüger und kleinen Gaukler begegnen und deshalb in der Gefahr stehen, zu resignieren. Es wird uns einmal in der Bibel erzählt, daß ein Volk sich in tiefe Schuld verstrickt hatte und ohne Hoffnung vor einem Berge hockte, der in eine drohende schwarze Wolke gehüllt war. Und dann heißt es von dem Manne, der als einziger unbeirrt an den Zusagen der Barmherzigkeit und Treue Gottes festhielt: "Er machte sich hinzu in das Dunkel, darin Gott war."

Dürfen wir das unmittelbar auf uns beziehen? Gilt das auch für die Last, die uns gerade beim Abschied von Robert Tillmanns besonders bedrückt? Ich kann euch allen nur das Kreuz Christi zeigen. Das Kreuz ist nicht das Ja zu unseren Plänen. Das Kreuz ist nicht einmal die Zusage der Gewährung dessen, was wir das Recht eines Volkes heißen. Aber der Herr Christus ist die Kraft auf jeder Straße. Aus Seiner Nähe geht keiner, wie er kam. Ihm befehlen wir unser Volk und seine Zukunft. Ihm befehlen wir unseren entschlafenen Bruder und alle jene Männer, die mit euch in der Verantwortung eines Abgeordneten standen und in diesen Wochen von uns genommen wurden. Ihm legen wir alle ans Herz, die um unsere entschlafenen Brüder Leid tragen. Er sieht jeden von uns und spricht zu uns allen: "Ich lebe, und ihr sollt auch leben!" Und es darf das letzte Zeugnis unseres Herzens als die Summe der Erfahrung unseres Glaubens sein: Wahr und wahrhaftig, das Reich Gottes steht nicht in Worten, sondern in Kraft!

TOLERANZ ODER BEGEGNUNG?

von Fritz v. Haniel-Niethammer

Mit besonderer Freude dürfen wir unseren Lesern den nachstehenden Beitrag aus der Feder eines Katholiken, eines in Bayern nicht unbekanntes, aktiven Mitgliedes der CSU, zur Frage der Zusammenarbeit der Konfessionen auf allgemein geistigem und weltanschaulichem Gebiet vorlegen.
Die Red.

Es ist wohl keine Übertreibung, wenn man sagt, daß das bessere Verständnis zwischen katholischen und evangelischen Christen, wie es sich seit den Erschütterungen der Hitler- und Kriegszeit in Deutschland angebahnt hat, das einzige positive Ergebnis dieser Schicksalsjahre ist. Die Katastrophe von Stalingrad erscheint als Ausdruck und Symbol einer Zeitenwende, wie sie

in der Neueren Geschichte vielleicht nur mit der Reformation verglichen werden kann.

Diejenigen, die die Zeit vor Hitler noch miterlebt haben, mögen sich einmal vorstellen, wie anders sich die deutsche Politik v o r Adolf Hitler wohl entwickelt haben würde, wenn sich damals die Deutschnationale Volkspartei und das Zentrum, statt zu befehlen, zu einer gemeinsamen politischen Linie zusammengefunden hätten. Wie anders wäre auch das Verhältnis P o l e n s zu Deutschland gewesen, wenn der konfessionelle Gegensatz die natürliche nationale Spannung zwischen den beiden Völkern nicht noch so unheilvoll verschärft hätte. Ist das deutsch-französische Verhältnis der Schlüssel zu Westeuropa, so ist das deutsch-polnische der Schlüssel zu Osteuropa. Und es ist gewiß kein Zufall, daß der zweite Weltkrieg mit der T e i l u n g P o l e n s begann und mit der T e i l u n g D e u t s c h l a n d s endete.

Vielleicht genügen diese kurzen Hinweise bereits, um deutlich zu machen, daß das Zu- oder Gegeneinander der beiden großen abendländischen Konfessionen die H e r z f r a g e Deutschlands und Europas bedeutet. Wie alle wesentlichen Dinge ist sie nicht vordergründig, ins allgemeine Bewußtsein fallend, sondern bewegt sich mehr in den weniger bewußten Bereichen der Seele. Um so wichtiger ist es, sie auch einmal ins klare Bewußtsein zu heben.

War die deutsche und europäische Geschichte der letzten 400 Jahre weitgehend von dem Gegensatz katholischer und evangelischer Mächte bestimmt, so hat sich dies zumindest seit jenen furchtbaren russischen Wintermonaten von 1943 grundlegend geändert. Daß es meistens einer K a t h a r s i s bedarf, um eine i n n e r e Wende herbeizuführen, gilt nicht nur im Leben des Einzelmenschen, sondern nicht minder auch im Leben der Völker.

Alle sogenannten Verstimmungen, wie sie auch heute noch gelegentlich zwischen den beiden Konfessionen auftreten, sind diesen großen Geschehnissen gegenüber nur E p i s o d e n . Was uns heute bewegt, ist vielmehr das Verlangen, daß das gute Einvernehmen nicht nur ein einsichtiger Tribut an das reale Gebot der Zeit sein, sondern daß aus dem Verhältnis gegenseitiger Achtung und T o l e r a n z immer mehr eine echte B e g e g n u n g erwachsen möge. Denn Toleranz (ein Wort, das ja von tolerare= "dulden", "ertragen" kommt) ist die innere Haltung, mit der wir N i c h t - christen gegenüber treten sollen. Unsere Stellung zu den evangelischen Glaubensbrüdern aber ist eine völlig andere: Hier ist mehr zu bejahen als zu tolerieren.

In einer Welt, die man schlechthin noch als christlich empfand - und die es in gewissem Sinne auch noch war - mochte der Gegensatz zwischen den beiden Konfessionen als d a s T h e m a erscheinen. Angesichts der erschreckenden Gottesferne unserer Tage, angesichts unseres hochtechnisierten Säkulum, angesichts dieses für jede Besinnung und tiefere Regung tödlichen Klimas, das die sich täglich, oft bis ins Sinnlose, steigernde technische Mittelwelt um uns schafft, erhebt sich jedoch allen Ernstes die Frage, ob wir es noch verantworten können, daß zwei christliche Konfessionen wie die katholische und die evangelisch-lutherische, die die zentralen Glaubensmysterien gemeinsam haben, außerhalb des eigentlich k i r c h l i c h e n Bereiches weiterhin so "schiedlich und friedlich" nebeneinander leben, wie das bisher der Fall war - d.h. ob nicht außerhalb des engeren kirchlichen Raumes auf a l l i g e - m e i n g e i s t i g e r , weltanschaulicher und kultureller Ebene eine bewußtere Zusammenarbeit angestrebt werden müßte. Wir wollen dabei die Gefahren jeglichen I n t e r k o n f e s s i o n a l i s m u s ' bestimmt nicht unterschätzen, der unberufenen Schwarmgeistern stets ein willkommenes Alibi gewähren kann. Aber - wo sind schließlich keine Gefahren! Und vor allem sollte doch eben nicht verkannt werden, daß das g e m e i n s a m e Anliegen das Trennende in hohem Maße überwiegt. Geht es doch - um es einmal konkret auszudrücken - um nichts geringeres als um die Bewahrung eines christlich-abendländischen Menschenbildes gegenüber dem vom Westen sich uns aufdrängenden M a n a g e r

wie dem vom Osten uns drohenden R o b o t e r . Allen noch so verständlich erscheinenden Befürchtungen steht die unausweichliche Tatsache gegenüber, daß es, je ernster es einem um den christlichen Glauben zu tun ist, umso schmerzlicher empfunden werden muß, die Trennungslinie weiter gezogen zu sehen, als dies die Reinheit der Lehre und die Unerbittlichkeit der Wahrheit nun einmal u n b e d i n g t erfordern.

Wir wissen, daß es nicht nur Schwierigkeiten institutioneller, sondern auch grundsätzlicher Art gibt. Wir wissen, daß das N a t u r r e c h t des katholischen Weltbildes von evangelischer Seite abgelehnt zu werden pflegt. Andererseits aber hat man bei allen erschöpfenden Diskussionen zwischen Katholiken und Evangelischen über Fragen des Naturrechts die Erfahrung machen können, daß es auch hier Brücken gibt und daß es manchmal nur ein Streit um Worte ist. Und wenn auch gewisse Spannungen immer bleiben werden - sie bestehen schließlich auch innerhalb der Verfechter eines katholischen Weltbildes.

Wenn heute bereits - um eines der allerdings vereinzelt Beispiele zu nennen - ein katholischer Gelehrter wie Clemens Brockmöller SJ in seinem Buche "Am Morgen des Atomzeitalters" - m.E. in irreführender Weise, aber zum Wohlgefallen aller Koexistenzler - Ansatzpunkte für gemeinsame philosophische Aspekte zwischen dem "c h r i s t l i c h e n R e a l i s m u s" (der Scholastik) und dem "d i a l e k t i s c h e n M a t e r i a l i s m u s" (der sowjetrussischen Staatsphilosophie) gefunden zu haben glaubt, dann dürfte es wohl doch noch näherliegender sein, zwischen den beiden großen christlichen Konfessionen des Abendlandes gemeinsame Weltauffassungen zu erarbeiten, ohne daß ein solches Ansinnen als "utopischer Idealismus" oder als "wohlmeinende", aber "abwegige Irenik" abgetan werden darf.

Vielleicht wären auch manche Dinge in der Kulturpolitik unserer Länder in letzter Zeit anders gelaufen, wenn man diese, bevor sie in den Raum der Politik gerieten, im Sinne einer engeren christlichen Zusammenarbeit vorbereitet hätte. Denn eine zu strenge konfessionelle Haltung ist immer Wasser auf die Mühlen des Libertinismus.

Inwieweit das deutsche Volk in allen seinen Schichten noch als c h r i s t l i c h angesehen werden darf, ist schwer zu sagen. Aber selbst bei weitherrigster Auffassung wird der Kreis enger gezogen werden müssen, als ihn die Konfessions-Statistik ausweist, wenn man sich nicht törichtem Selbsttäuschungen hingeben will. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Christentum in d e m Maße an Wirkungs- und Überzeugungskraft gewinnen würde, als es - unter Aufgabe des zu strengen Grabensystems - geschlossener aufzutreten in der Lage wäre. Diesem Erfordernis vermögen wir auf die Dauer nicht auszuweichen. Denn es geht hier nicht nur um ein praktisch-wirksames, sondern um ein zutiefst c h a r i s m a t i s c h e s Anliegen: "Die Liebe Christi drängt uns."

WARUM EVANGELISCHE ARBEITSKREISE?

Eine grundsätzliche Betrachtung zur praktischen Weiterarbeit im Neuen Jahre

Wenn sich evangelische Christen in der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union zu Evangelischen Arbeitskreisen zusammengefunden haben, so entsprang das nicht etwa dem Wunsche nach Wahrnehmung gewisser Sonderinteressen einer konfessionellen Gruppe innerhalb der Gesamtpartei, sondern der klaren Erkenntnis, daß den evangelischen Gliedern der Union gerade um dieser "Union" willen besondere Aufgaben gestellt sind - Aufgaben, die sich nicht auf den innerparteilichen Bereich beschränken, sondern in den "vorpoli-

tischen Raum" vorstoßen:

Vor allem die bitteren Erfahrungen im "Dritten Reich" haben eindringlich gelehrt, daß die Vorstellung weiter evangelischer Kreise: der christliche Glaube habe mit der Politik nichts zu tun, falsch ist. Der Christ vermag keinen Bereich seines Lebens aus seinem Christsein auszuschließen. Was er auch immer tut - es muß letztlich ausgerichtet sein auf die Mitte seines Lebens. So wird er sich auch seiner christlichen Verantwortung in der Politik nicht entziehen können, wenn er nicht schuldig werden will vor dem Willen des Schöpfers, der ihn nun einmal hier und jetzt in die Welt und in ihr wiederum in die Gemeinschaft seines Volkes hineingestellt hat. Der Evangelische Arbeitskreis sieht seine entscheidende Aufgabe daher in einer ständig fortschreitenden Aktivierung des politischen Bewußtseins im evangelischen Bevölkerungsteil.

Mit einer solchen Aktivierung allein ist es jedoch zweifellos nicht getan: Zu konkreten politischen Entscheidungen kann man nur kommen, wenn ein festes Fundament gegeben ist, von dem man auszugehen vermag. Im Wesen des evangelischen Glaubens ist es nun aber begründet, daß hier Fragen des politischen Bereichs vielfach noch nicht mit so anerkannter Gültigkeit geklärt sind wie auf katholischer Seite. Daraus ergibt sich die zweite Aufgabe des Arbeitskreises: Er will zur Durcharbeitung und Klärung solcher Fragen in evangelischer Sicht beitragen und damit den Glaubensbrüdern innerhalb und außerhalb der Partei im Blick auf die politischen Dinge eine echte Hilfe gewähren. Es geht ihm darum, den evangelischen Christen zu einer von Illusionen und Ressentiments freien, nüchternen Betrachtung der politischen Fragestellungen zu führen. Er will aber auch deutlich werden lassen, daß eine protestantische Farblosigkeit keine Grundlage einer politischen Haltung ist. Und er betont immer wieder: Nicht negative Kritik aus der Ferne, sondern allein praktische Mitarbeit kann im politischen Leben weiterhelfen. Die Vertretung evangelischer Auffassungen in der Politik wie die Möglichkeit, einen eigenständigen Beitrag zu allen politischen Gegenwartsfragen zu leisten, werden immer nur in dem Maße vorhanden sein, wie evangelische Christen bereit sind, ihre politische Verantwortung aktiv wahrzunehmen.

Die Existenz Evangelischer Arbeitskreise in der CDU/CSU darf somit nicht dahin ausgelegt werden, daß es hier um eine schärfere Herausarbeitung konfessioneller Unterschiede ginge. Es soll jedoch nicht geleugnet werden, daß sich aus solchen Unterschieden gelegentlich Spannungen ergeben. Sie liegen in der Natur einer politischen Gemeinschaft evangelischer und katholischer Christen, die die konfessionellen Unterschiede nicht verwischen oder verwässern will, sondern sich gerufen weiß, das gemeinsame Ziel christlicher Politik zu verwirklichen. Erst das gegenseitige Wissen um den Standort des Partners und die absolute Respektierung seiner glaubensmäßigen Überzeugung ermöglichen überhaupt eine aufrichtige Zusammenarbeit von Christen verschiedener Konfessionen im politischen Raum, wie sie sich nach dem Zusammenbruch 1945 als unausweichliche Forderung der Stunde erwies.

Darüber hinaus führt die praktische Tätigkeit dieser Evangelischen Arbeitskreise den evangelischen Christen immer wieder deutlich vor Augen, daß die CDU/CSU eben nicht eine einseitig katholisch gebundene Partei ist, sondern daß hier auch der Evangelische eine breite Basis zur Durchsetzung seiner politischen Anliegen findet.

Mit diesen Ausführungen ist in etwa gekennzeichnet, was evangelische Männer und Frauen der CDU/CSU aus dem gesamten Bundesgebiet im März 1952 in Siegen zu einer Tagung zusammenführte, auf der unter dem Vorsitz des verstorbenen Bundestagspräsidenten D. Dr. Hermann Ehlers der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (Bundesarbeitskreis) gegründet wurde. Seine Zielsetzung: in christlich-evangelischer Verantwortung gegenüber den politischen Aufgaben der Gegenwart eine Grundlage zu gemeinsamem Handeln zu finden, hat in der Praxis sehr bald über die Bildung von Evangelischen Arbeitskreisen auf Landesebene auch zur Gründung solcher Arbeitskreise auf Kreis- und Ortsebene geführt. Es handelt sich dabei allerdings nicht - und das sollte immer wieder klar zum Aus-

druck kommen - um eine besondere "Organisation" innerhalb der Gesamtpartei, sondern eben nur um Arbeitsgemeinschaften im echten Sinne des Wortes. Auch ihr Dienst gilt der großen Gemeinschaft der Union.

H.S.

BÜCHER, DIE WIR EMPFEHLEN

"FAMILIENPOLITIK" von Ferdinand Oeter

Friedrich Vorwerk-Verlag, Stuttgart
(238 Seiten, engl.brosch., DM 11.50)

Die Forderung nach einem gerechten Ausgleich der Familienlasten ist nicht mehr wegzudiskutieren. Sie ist spät erhoben worden, so spät, daß nur noch erhebliche Anstrengungen Schaden für das Volksganze abwenden können. Allzu lange hat man so getan, als ob die Gesamtheit aus lauter Einzelpersonen bestünde. Staat, Wissenschaft und Statistik, vor allem aber die Wirtschaft mit ihrer Lohnpolitik haben ihre Aufmerksamkeit fast ausschließlich dem "Individuum" zugewandt. In Wirklichkeit leben die Menschen jedoch heute wie einst in Familien. Hier von nimmt man in der Regel keine Notiz; der Familienvater mit vier Kindern hat im Wirtschaftssystem die gleiche Stellung wie der Ledige.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in seiner Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 eine besonders bedenkliche Seite dieses Problems beleuchtet, indem er ausführte: "Wenn nicht durch konstante Zunahme der Geburten der Prozentsatz der im produktiven Alter stehenden Personen wächst, werden zunächst die Alten von der geringeren Sozialproduktion, die dann notwendigerweise eintreten muß, betroffen werden. Durch Technisierung und Rationalisierung der Wirtschaft wird man den für unser ganzes Volk im Verlauf einiger Generationen vernichtenden Prozeß nicht aufhalten können. Helfen kann nur eines: Stärkung der Familie und dadurch Stärkung des Willens zum Kind."

Die Bundesregierung, unterstützt durch die Familienverbände, kann aber - wie in jedem demokratischen Staatswesen - keine erfolgreiche Familienpolitik treiben, wenn sie dabei nicht vom Verständnis der öffentlichen Meinung getragen wird. Die Öffentlichkeit ist noch immer weitgehend in dem Irrtum befangen, es handle sich bei den Forderungen für unsere Familie lediglich um eine weitere Erscheinungsform der modernen Rentenpsychose. Auch im politischen Raum hat das Problem noch allzu oft einen geringeren Rang als etwa der Wunsch eines Interessenten-Verbandes der Wirtschaft nach Subventionierung seiner Produktion. Aufklärung über die wirklichen Zusammenhänge in ihrer entscheidenden Bedeutung für die Zukunft der Gemeinschaft unseres Volkes ist daher eine unabdingbare Notwendigkeit.

Hier schließt Oeters Werk "Familienpolitik" eine Lücke. Die deutsche Wissenschaft hat sich zwar in neuerer Zeit in zunehmendem Maße mit der veränderten Lage der Familie in der modernen Wirtschaft befaßt. Doch hat jedes Wissensgebiet für sich nur das dort interessierende Teilproblem behandelt. Es fehlte bisher eine Darstellung, die unter Benutzung der auf den verschiedensten Gebieten gewonnenen Einzelergebnisse eine wirklich umfassende Gesamtschau des Problems vermittelt.

Der Verfasser, von Hause aus Arzt, Herausgeber der "Ärztlichen Mitteilungen" und führendes Mitglied des Deutschen Familienverbandes, hat sich dieser Aufgabe mit Erfolg unterzogen. Er ist, wie auch seine zahlreichen bisher erschienenen Einzelveröffentlichungen in der Presse zeigen, einer der ersten Sachkenner, die wir z.Zt. in Deutschland haben. Darüber hinaus aber und vor allem anderen ist Oeter ein Kämpfer mit heißem Herzen; er verläßt gern Methode und

Form der wissenschaftlichen Darstellung, wo es ihm zugunsten der erstrebten politischen Wirkung nötig erscheint. Sein Werk ist daher bei aller wissenschaftlichen Fundierung in erster Linie ein politisches Buch. Es zwingt - auch wenn man, z.B. vom Standpunkt verantwortlicher Regierungsstellen aus, in manchem anderer Meinung sein muß - zur Auseinandersetzung. Das aber ist der Wunsch Oeters; und schon mit dieser Wirkung allein ist die Veröffentlichung von außerordentlichem Wert.

Aus einer historischen Betrachtung heraus legt der Verfasser zunächst dar, welche grundsätzliche Wandlung die Familie im wirtschaftlichen Gesamtbild durchgemacht hat: Am Ausgangspunkt der Entwicklung, in der vorindustriellen Zeit, nahm die Familie als festgefügt Ganzes am Wirtschaftsleben ihrer Zeit teil. Analog dem Bauern saß auch der Handwerker auf einer durch Besitz wohlfundierten "Stelle". Kinder bedeuteten wirtschaftlich gesehen Gewinn, weil sie die Erwerbskraft der Familie erhöhten. Sie bedeuteten zum anderen wirtschaftliche Sicherung im Alter, das selbstverständlich im Schutze der Familie verbracht wurde. Allerdings hatte dieses System eine Härte: Wer nicht Inhaber einer solchen "Stelle" war, konnte keine eigene Familie gründen. Er festigte mit seiner Arbeit jedoch die wirtschaftliche Kraft der erweiterten Familie und wurde dafür von ihr mit allen Lebensbedürfnissen versorgt.

Mit der aufkommenden Industrialisierung mußten immer mehr Menschen den bis dahin für sie sicheren Schutz des Familienbetriebes verlassen. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts arbeiteten bereits 25 v.H. (heute sind es mehr als 75 v.H.) unselbständig im Betrieb eines Fremden. Das für eine solche Tätigkeit notwendigerweise geltende Prinzip des Leistungslohnes wirkt sich aber für den Familienvater als Arbeitnehmer ebenso unbarmherzig aus wie für den kleinen Gewerbetreibenden der Verlust seiner durch Besitz und Arbeitskraft aller Familienmitglieder gesicherten Existenzgrundlage.

Oeter macht überzeugend deutlich: Nicht die Familie ist krank, sondern das heutige Sozialgefüge ist nicht in Ordnung; man setzt gedankenlos voraus, daß die Leistung der Familie für den Fortbestand der Gemeinschaft im modernen Wirtschaftssystem noch genau so selbstverständlich und leicht zu erbringen sei wie in der vorindustriellen Zeit. Die immer weniger werdenden Familien, die auch unter den veränderten Umständen noch die lebensnotwendigen Arbeitskräfte für die Wirtschaft und für die Altersversorgung aller stellen, werden hierfür, wie Oeter nachweist, geradezu bestraft. Sie sinken z.B. bei einem Einkommen von DM 400.-- und vier Kindern auf die Stufe von Wohlfahrtsempfängern, während andererseits angesichts der übersteigerten Bedürfnisse der Ledigen und Kinderlosen immer mehr Luxusindustrien zu wirtschaftlichen Fehlleitungen führen. Mit einer Fülle neuer Gedanken stellt der Verfasser die Notwendigkeit heraus, zu einem wirklich umfassenden, für alle gerechten Ausgleich der wirtschaftlichen Leistungen, insbesondere der Mehrkinderfamilie, zu kommen, wobei sowohl die bisherige Steuerreform als auch das Kindergeldgesetz nur als ein erster Schritt gewertet werden können.

Der zweite Teil des Buches, der sich mit praktischen Vorschlägen zur Familienpolitik befaßt, wird naturgemäß die stärkste Diskussion entfachen, zumal diese Ausführungen ihrem Gewicht nach gegenüber der ausgezeichneten kritischen Darstellung im ersten Teil zurücktreten. Oeter legt seinen Anregungen eine Studie zugrunde, die Hage 1951 unter Verwendung von Material des Statistischen Bundesamtes ausgearbeitet hat: Angelpunkt eines neuen, durch Kindergeld ergänzten Einkommensteuersystems soll die Zweikinderfamilie werden. Steuer und Kinderbeihilfe sollen so bemessen sein, daß für jedes Kind über oder unter diesem "Normalstand" ein bestimmtes höheres oder niedrigeres Nettoeinkommen verbleibt. Als erstrebenswertes Ausmaß der Abstufung bezeichnet Oeter die tatsächlichen Kosten eines Kindes, die er mangels genauer wissenschaftlicher Feststellungen mit einem Erfahrungssatz von 12 bis 15 v.H. der Ausgaben eines kinderlosen Ehepaars annimmt. Dabei könnten die notwendigen Mehrlasten für Ledige usw. nach Meinung des Verfassers unter diesem Prozentsatz bleiben, weil die Zahl der Le-

digen, Kinderlosen und Kinderarmen wesentlich größer ist als die der Familien mit zwei und mehr Kindern.

Der Vorschlag ist als Diskussionsgrundlage interessant, wenn er auch in seiner summarischen Form mancherlei wichtige Fragen offenläßt. Neben der Unsicherheit über die Kosten eines Kindes (Lebensalter des Kindes, Einkommensstufe der Eltern usw.), die das Bundesministerium für Familienfragen z.Zt. einer Klärung zuführt, bleibt vor allem problematisch, welcher Teil dieser Kosten von der Allgemeinheit übernommen werden soll. Aus ethischen Gründen wird es - auch von der Familie selbst - nicht erstrebt werden können, den Gesamtbetrag abzuwälzen. Ebenso werden allzu summarische Mehrbelsatungen für die Ledigen usw. vermieden werden müssen. Hier sei nur an die heute allgemein notwendige Selbstfinanzierung der Errichtung eines Hausstandes erinnert, die die Kraft der Verlobten und jungverheirateten Eheleute durch Sparleistungen oder Abzahlungen oft mehrere Jahre in Anspruch nimmt.

Für Oeter ist jedoch die Frage der Technik eines Ausgleichs der Familienlasten ebenso untergeordnet wie die andere, ob der Staat diesen Ausgleich insgesamt selbst vornehmen oder teilweise Organen der Wirtschaft (Familienausgleichskassen) überlassen soll. Es kommt ihm im wesentlichen darauf an, in möglichst breiten Kreisen die Überzeugung zu wecken, daß über die bisherigen Ansätze hinaus eine echte organische Lösung des Problems notwendig ist. Diesen Zweck erfüllt sein Werk in hervorragender Weise.

Dr. Heinz Simon

+ + +

"EVANGELISCHES SOZIALLEXIKON" - im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages herausgegeben von Friedrich Karrenberg
Kreuz-Verlag, Stuttgart (600 Seiten, Ganzleinen, DM 38.--)

Die soziale Frage ist durch die Erörterungen über die Sozialreform wieder einmal in aller Munde. Daß dabei die verschiedenen Auffassungen nicht immer von Leuten vorgetragen werden, die Gelegenheit hatten, sich mit den sachlichen Voraussetzungen genügend vertraut zu machen, erleichtert die Gespräche und eine echte Meinungsbildung keineswegs. Solcher Mangel an Kenntnis über die Zusammenhänge der sozialen mit den wirtschaftlichen und politischen Tatbeständen beruht häufig nicht nur auf mangelndem Interesse. Vielfach ist gerade bei gutwilligen und gegenüber der sozialen Frage sehr aufgeschlossenen Gesprächspartnern auf evangelischer Seite das Fehlen von Unterrichtungsmöglichkeiten festzustellen. So bleibt denn manches an Beiträgen zu dem großen Thema der Sozialreform, was gut gemeint, aber sachlich nicht fundiert ist, unberücksichtigt, obgleich es doch - zieht man die oftmals tiefe Sorge um künftige Entwicklungen in Betracht, die den Ausgangspunkt für solche Überlegungen darstellt - wert wäre, Beachtung zu finden.

Allen denen, die sich mit sozialen Problemen - sei es in der Sozialarbeit selbst, sei es im Männerwerk oder in der Vielzahl der sonstigen Werke der evangelischen Kirche - auseinandersetzen haben, sei darum das "Evangelische Soziallexikon" als eine Quelle schneller und gleichwohl ausgezeichneter Unterrichtung empfohlen. Dabei ist von besonderer Wichtigkeit, daß in diesem "Soziallexikon", wie es sich bescheiden nennt, nicht nur die sozialen Tatbestände im engeren Sinne behandelt werden, sondern deren Verzahnung mit wirtschaftspolitischen Gegebenheiten und allgemeinen politischen Voraussetzungen durch eine ebenso gründliche wie klare Darstellung deutlich gemacht wird. Wer sich beispielsweise im Zeichen der Diskussion um die Gefahren einer Konjunkturüberhitzung ein Bild über Konjunkturschwankungen oder über den großen Fragenkomplex "Löhne und Preise" machen will, vermag dies hierinn gleicher Weise fundiert

und umfassend. Die ausgezeichneten Literaturangaben eröffnen darüber hinaus den Weg zu weiterer intensiver Beschäftigung mit der Materie.

Nicht zuletzt aber sei hervorgehoben, daß die Behandlung der theologischen Probleme und die Berücksichtigung der theologischen Fragestellung auch bei den einzelnen Sachgebieten zum erstenmal die Möglichkeit bietet, von evangelischer Sicht her in diesen Fragen zu gültigen Antworten zu kommen.

Das Buch, an dem namhafte Wissenschaftler und Theologen mitgearbeitet haben, gehört daher in die Hand jedes evangelischen Christen, der sich seiner Verantwortung auch im sozialen Bereich bewußt ist und sie wahrzunehmen sich bemüht - sei es, um als handliches und zuverlässiges Nachschlagewerk der Auffrischung der Erinnerung, sei es, um als eine knappe, nichtsdestoweniger aber gründliche Einführung in die Problematik zu dienen, für deren vertieftes Studium dieses Standardwerk, wie gesagt, wertvolle Anregungen gibt.

Friedrich Kühn

POLITISCHER QUERSCHNITT

Die Wahl in Frankreich bildete keinen guten Auftakt für das Jahr 1956. Die Radikalen von links und rechts ziehen mit einer starken Vertretung in die neue Nationalversammlung ein. Niemand weiß, wie die Bewegung Poujades sich weiter entwickeln wird, doch jedermann ist klar, daß sie ausgeprägt antiparlamentarische Züge trägt. Die Kommunisten, die ihre Mandate, nicht aber ihre Stimmenzahl erhöhen konnten, arbeiten mit Macht auf eine Volksfront hin und finden dafür auch im bürgerlichen Lager manches willige Ohr. Die linke und rechte Mitte wären in der Lage, zusammen eine Regierung zu bilden. Hier wiederholt sich jedoch das oft erlebte Schauspiel, daß innere Zerrissenheit und unversöhnliche persönliche Feindschaften die Einigkeit auch in einer Situation verhindern, die nur ein Gebot kennen dürfte: einig zu sein. Der Wahlausgang in Frankreich ist deshalb mit Recht im Westen mit einiger Beunruhigung aufgenommen worden, während Moskau seine Zufriedenheit deutlich zur Schau gestellt hat.

Man muß nun abwarten, wie sich die Entwicklung in Frankreich auf die Saarfrage auswirkt, deren organische Lösung zwischen den Außenministern Pinay und v. Brentano vorbereitet worden ist. Wird die neue französische Regierung den Kurs aufnehmen, den Pinay vorgesehen hatte? Allein diese eine Frage vergegenwärtigt, mit welcher Behutsamkeit alle Beteiligten - in Deutschland, in Frankreich und an der Saar - in der nächsten Zeit vorgehen müssen, wenn nicht an der Saar wieder ein Fieber ausbrechen soll.

Innenpolitisch ist die Lage weiterhin vom Konflikt zwischen CDU und FDP überschattet. In dem vielen, oft kaum noch überschaubaren Hin und Her verdient eines, in aller Deutlichkeit festgehalten zu werden: Der CDU geht es in diesem Konflikt nicht um Personen, sondern um eine sachliche Klärung grundlegender Fragen. Bestimmte Kreise haben nach außen hin fälschlicherweise die Meinung aufkommen lassen, der "Würgegriff" gelte in erster Linie, wenn nicht ausschließlich, dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Thomas Dehler. Es handelt sich jedoch überhaupt nicht um einen "Würgegriff", denn die FDP ist Herr ihrer Entscheidungen, sie muß selbst wissen, was sie tut, und kann zu nichts gezwungen werden. Es geht einfach darum, daß die Innen- und Außenpolitik der Koalition klar und gradlinig sein muß und nicht den Eindruck von Zweispieltigkeit und Mehrgleisigkeit hervorrufen darf. Das zeitweise Verhalten auf Seiten der FDP hat aber solchen Eindruck immer wieder erweckt - nicht nur bei der CDU, sondern überall im In- und Ausland. Was ist nun eigentlich merkwürdig daran, wenn ein Koalitionspartner den anderen ersucht, zu erklären, ob er

bei dem vereinbarten Programm bleiben will oder nicht?

Es ist ebenso eine Verfälschung des Tatbestandes, wenn behauptet wird, die CDU habe das "Grabensystem" für das neue Wahlgesetz nur vorgeschlagen, um die FDP zu zertrümmern. Zunächst ist nachweisbar, daß die FDP bei der letzten Bundestagswahl mit dem "Grabensystem" gute Erfolge erzielt haben würde. Außerdem sollte man nicht vergessen, wie viele maßgebende Persönlichkeiten der CDU, der FDP und der SPD sich schon vor Jahren für ein reines Mehrheitswahlsystem eingesetzt haben. Hätte die CDU gewollt, so hätte sie ein Gesetz auf der Grundlage des Mehrheitswahlsystems durchbringen können. Daß sie es nicht getan hat, liegt auf derselben konsequenten Linie wie ihr Vorschlag für ein "Grabensystem": Sie bemüht sich, einen Wahlmodus zu finden, der alle Interessen in Rechnung stellt.

=====

- Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet -

Um Übersendung eines Belegexemplares wird gegebenenfalls höflich gebeten.

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht
liefert in weltbekannter Güte

HERM. IRLE GESELLSCHAFT
mit beschränkter Haftung
DEUZ (Krs. Siegen i. W.)

**EVANGELISCHES
SOZIALLEXIKON**

herausgegeben im Auftrag des Deutschen
Evangelischen Kirchentages
von Dr. Friedrich Karrenberg

600 Seiten, Lexikon-Format DM 38.—
Ermäßigter Preis für Studenten aller Fakultäten
DM 32.30

**KREUZ-VERLAG
STUTT GART**



SIEGENER AKT.-GES.
GEISWEID I. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und
Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere
Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und
leichte Kesselschmiedearbeiten